

Bericht

des Europaausschusses

über das Thema

„EU-Projekttag 2017 in Hamburg“

(Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO))

Vorsitz: **Dr. Alexander Wolf**

Schrifführung: **Sören Schumacher**

I. Vorbemerkung

Der Europaausschuss beschloss in seiner Sitzung am 28. Februar 2017 einstimmig auf Antrag der SPD-Abgeordneten eine Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO zum oben genannten Thema sowie eine Anhörung von Schülerinnen und Schülern, die am EU-Projekttag teilgenommen haben würden.

Angehört gemäß § 58 Absatz 2 GO wurden Schülerinnen und Schüler der Europaschule Stadtteilschule am Hafen in der Neustädter Straße 60, wo die Sitzung am 8. Juni 2017 auch stattfand, und der Europaschule Immanuel-Kant-Gymnasium sowie der Heinrich-Hertz-Schule und des Gymnasiums Corveystraße. Die Thematik wurde am 8. Juni 2017 abschließend beraten.

II. Beratungsinhalt

Zunächst stellten die Schülerinnen und Schüler sich selbst vor und benannten ihre Projektthemen.

Zum Thema „Im Namen des Volkes – Populismus in der EU“ führten die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße aus, die zu Beginn aufgeworfene Frage, wieso sie sich überhaupt mit Populismus in der EU beschäftigen sollten, hätten sie dahin gehend beantwortet, dass es in der EU zunehmend Rechtspopulisten gebe, die sich vermeintlich als Vertreter des Volkes ausgäben, indem sie die nationalen Interessen gegen das europäische Einigungsprojekt stellten. So habe beispielsweise bei den Wahlen in Frankreich die Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen immerhin 31 Prozent der Stimmen errungen, was ihrer Meinung nach einen erheblichen Aufschwung für den Rechtspopulismus bedeute. Als weitere Frage habe sich gestellt, welche Auswirkungen dies auf die EU haben könnte. Hier seien sie zu dem Entschluss gekommen, die Rechtspopulisten schürten Zweifel daran, dass die EU-Politiker im Sinne der EU-Bürger handelten, jedoch basiere die repräsentative Demokratie darauf, professionelle Volksvertreter zu wählen, die am besten einschätzen könnten, was das Gemeinwohl des Volkes sei. Die Rechtspopulisten nutzten die nationalen Fragen für politische Entscheidungen und ihr Ruf nach Souveränität würde bedeuten, dass die europäische Integration zurückgeschraubt werden würde und viele Politikbereiche wie die Währung, die Grenzsicherung wieder nationale Angelegenheiten würden, und nicht mehr der Luxus des europäischen Binnenmarkts genutzt werden könnte, den die

EU biete und der in einer Zeit der Digitalisierung, der Globalisierung und Arbeitsteilung wichtig sei.

Vor diesem Hintergrund habe sich der Profilkurs „Medien und Gesellschaft“ zu einem zweitägigen Szenario-Workshop vom 8. – 9. Mai 2017 zusammengefunden und mit der zukünftigen Entwicklung der EU in Zeiten des wachsenden Rechtspopulismus beschäftigt.

Hierfür hätten sie vier Szenarien entworfen, wie die Zukunft der EU in 20 Jahren aussehen könnte:

1. Die Vereinigten Staaten von Europa. Der Populismus von heute führe zur Einsicht der Bevölkerung und der Politiker, die wirtschaftliche und politische Beziehung zwischen den EU-Staaten zu vertiefen. Ein Staatenbund unter der Regierung der EU, mit dem die politische Stabilität gewährleistet würde und die EU auch unter globalen Handlungsparametern handlungsfähig wäre.
2. Das Europa der Vaterländer im Gegensatz dazu. Hierbei setzten sich die nationalen Interessen durch, die Populisten übernahmen die politische Führung in den Ländern und die Einzelstaaten handelten nur noch so wie sie sich vorstellten, dass es für sie am besten sei.
3. Die EU als Elitenprojekt als drittes Szenario. Der Populismus führe zu einer Entfremdung zwischen Politikern und Bevölkerung und die Bevölkerung glaube, dass die Politiker nicht mehr im Namen des Volkes handelten, die Politiker die EU aber so weiterführen wollten wie sie sei, weil sie die EU als wichtig anerkennen würden.
4. Die EU als Bewegung von unten. Die Populisten übernahmen zunächst die politische Führung, scheiterten aber, weil die Wahlversprechen nicht gehalten werden könnten und die Bevölkerung erkenne selbst, dass die EU als solche sehr wichtig sei und wiederaufgebaut werden solle.

Die SPD-Abgeordneten resümierten, weil es den EU-Projekttag gebe, hätten sich die Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schulen dieses Themas annehmen können. Sie interessieren, wie die Schülerinnen und Schüler es empfunden hätten, einmal jenseits des Unterrichts ein externes Projekt mit einem sehr konkreten Thema mit Europabezug durchzuführen und ob dies die Wahrnehmung europäischer Politik und die Wichtigkeit des europäischen Themas verändert oder gar geschärft habe.

Die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße antworteten, sie hätten es gut gefunden, sich zwei Tage lang nur auf dieses Thema konzentrieren zu können. So hätten sie sich intensiv vor Augen führen können, wie wichtig die EU sei, dass die EU nicht auseinander- beziehungsweise zerbreche, sondern die Beziehungen gefestigt gehörten. Als gut befanden sie auch die Szenario-Methodik im Gegensatz zum Frontalunterricht, denn aufgrund der vielen szenischen Darbietungen sei ihnen bewusst geworden, wie sehr sie die Existenz der EU „in einer gesunden Mitte“ befürworteten.

Die CDU-Abgeordneten kamen zunächst auf die Aussage Binnenmarkt als Luxus zu sprechen. Sie hätten letzte Woche mit englischen Geschäftsleuten über den Brexit sowie die heute anstehenden Wahlen im Vereinigten Königreich gesprochen. Interessant sei es gewesen, zu erfahren, dass es dort einen solchen Politikunterricht, wie ihn die Hamburger Schülerinnen und Schüler erlebten, auch an den weiterführenden Schulen nicht gebe. Auch spiele bei jungen Briten das Zeitunglesen weder digital noch in Papierform eine Rolle. Sie seien überrascht gewesen, wie unpolitisiert die dortige Jugend zu sein scheine. Sie würden deshalb gern von den Schülerinnen und Schülern, da sie besondere Argumente für die EU – Luxus des gemeinsamen Binnenmarkts, ein gemeinsames Europa aufbauen zu wollen – gefunden hätten, wissen, was für sie persönlich als Teil der nachfolgenden Generation der europäische Prozess des Zusammenwachsens der Nationalstaaten in einen Staatenbund bedeute und was sie persönlich davon hätten.

Die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße entgegneten, ihnen sei es sehr wichtig, dass die EU zusammenhalte und auch der gemeinsame Binnenmarkt sowie der freie Personenverkehr blieben, weil es den Alltag erleichtere. Zudem fühlten

sie sich innerhalb der EU nicht mehr abgeschottet und jedes Land werde offener. Es sei wichtig, diesen spezifischen Völkerbund noch mehr zu festigen, ebenso das Gemeinschaftsgefühl. Nie wieder sollten die Grenzen geschlossen werden und eine Abschottung stattfinden.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bedankte sich für die Schilderung, auch für die Erarbeitung und Auseinandersetzung mit der Materie. Er habe ein Spannungsfeld zwischen einer Demokratisierung der EU oder Bevölkerungsnähe, die eingefordert werde, und einer EU der Eliten herausgehört. Ihn interessiere, ob sie sich auch mit den Defiziten in Bezug auf die Demokratie in der EU – so hätten die EU-Kommission und der EU-Rat eine sehr starke Kompetenz im Vergleich zum Parlament – auseinandergesetzt hätten, um diese Szenarien zu entwickeln oder seien die Entwicklungsmöglichkeiten der EU eher generell angesprochen worden. Der Rechtspopulismus sei als Problem erkannt worden. Dieser benenne jedoch in der ihm eigenen Art bestehende Probleme, beispielsweise, dass in der EU unterschiedliche Staaten unterschiedliche Macht hätten. Deshalb sei es für die Entwicklung der EU sehr wichtig, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Er fragte nach, ob sie diese auch diskutiert hätten.

Die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße erläuterten, es habe mehrere Gruppen gegeben. Inwieweit dies in anderen Gruppen als der ihrigen diskutiert worden sei, könnten sie nicht beantworten.

Der FDP-Abgeordnete resümierte, jede Generation der drei letzten Generationen in Europa habe ein bestimmtes Projekt, eine bestimmte Aufgabenstellung vor sich gehabt. Er stellte deshalb die Frage, was es sei, was die jetzige Schülergeneration mit Europa verbinde, von Europa erwarte, und was Politik tun müsse, um auch all diejenigen jungen Menschen zu erreichen, die heute hier nicht teilnahmen.

Die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße meinten, Aufgabe ihrer Generation sei es, für den Zusammenhalt zu sorgen, damit die EU aufgrund der Flüchtlingskrise nicht auseinanderbröckle, sondern weiterhin zusammenarbeite. Dies müsse auch von der Bevölkerung kommen, weil diese die Parteien wählten, die das jeweilige Land regierten und durch die sichergestellt sein müsse, dass die EU in diesem Punkt kooperiere.

Der AfD-Abgeordnete thematisierte, es gebe Kritiker des derzeitigen Status der EU, die nicht Gegner der europäischen Einigung als solcher seien, die jedoch sagten, es gebe gewisse Fehlentwicklungen, die zu korrigieren seien. Beispielsweise werde bei der Kritik am Euro nicht mit der EU gleichgesetzt und gehe es beim Stichwort Kompetenzverlagerung/Subsidiarität auch darum, im Einklang mit den Gründungsdokumenten gewisse Kompetenzen bei den Nationalstaaten zu belassen statt sie nach Brüssel zu geben et cetera. Er fragte, ob eine solch differenzierte Denkweise eine Rolle gespielt habe und eine konstruktive Kritik an der EU erfolgt sei, um sie zu reformieren, oder habe es mehr oder minder ein Entweder/Oder gegeben in Richtung verstärkte Einigung, verstärkte Kompetenzverlagerung hin zur EU versus ein Europa der Vaterländer.

Die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße erklärten, mit den vier dargestellten Szenarien hätten sie so viele Seiten wie möglich beleuchtet. Die Rahmenbedingungen hierfür seien vorgegeben gewesen, aber sie hätten sich auch über andere Szenarien Gedanken gemacht und alles diskutiert, was sie für wichtig hielten.

Den Abgeordneten der GRÜNEN interessierte, wie die Schülerin und der Schüler die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beurteilten und wie sie mit der Türkei verhandeln würden, wenn sie in der Position wären, Entscheidungen treffen zu können.

Die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße äußerten, die Türkei werde derzeit von der EU gebraucht, um für Stabilität in der Flüchtlingskrise zu sorgen. Die politischen Gegebenheiten der Türkei heute sprächen aber nicht dafür, dass die Türkei in die EU aufgenommen werden sollte. Sie fänden es gut, dass die Türkei integriert werden solle, aber dafür müsse sich die Türkei der EU nähern, und nicht stur sein und auf ihrer Politik beharren.

Die SPD-Abgeordneten fragten noch einmal nach, inwieweit der Populismus in Europa differenziert betrachtet und bewertet worden sei, ob dieser europaweit gleich sei oder es Unterschiede gebe. Zudem wollten sie wissen, ob über Mittel gegen Populismus nachgedacht worden sei.

Die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße antworteten, sie hätten sich mit verschiedenen Ländern beschäftigt und wie stark der Populismus dort ausgeprägt sei. Sie meinten, Populismus gehöre in einer bestimmten Weise zur Politik dazu und es sei auch nicht der richtige Lösungsweg, diesen zu verbieten, sondern insoweit aufzuklären, als dass die Vereinfachungen als Vereinfachungen entlarvt würden.

Die SPD-Abgeordneten erkundigten sich, ob sich aus diesem Projekt etwas herauskristallisiert habe, was die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße den Politikerinnen und Politiker als Rat, Wunsch oder Forderung mit auf den Weg geben wollten.

Die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße meinten, die Politikerinnen und Politiker sollten professionell handeln, die Meinung des Volkes repräsentieren und so entscheiden können, dass es dem Programm der Partei entspreche. Politikerinnen und Politikern solle vom Volk Vertrauen entgegengebracht werden wie auch umgekehrt.

Die Schülerin und der Schüler von der Heinrich-Hertz-Schule (HHS) berichteten, sie hätten zuerst einen sogenannten Vorbereitungstag gehabt, auf dem bestimmte Projekte der EU vorgestellt worden seien: das Erasmusprojekt, das Freiwillige Soziale Jahr und ähnliche Projekte der EU. Dies sei für sie das erste Projekt an der HHS in Richtung EU gewesen und es sei generell eher neu für die HHS, einen Weg in Richtung EU einzuschlagen. Nach diesem Tag habe die Podiumsdiskussion mit den Politikerinnen und Politikern stattgefunden, wobei die Fragen hauptsächlich von den S2-Schülern entworfen worden seien. Die Fragen hätten sich auf Themen wie es mit der EU weitergehe, den G20-Gipfel, den Brexit und den Rechtspopulismus in der EU konzentriert.

Im Zusammenhang mit letzterem Thema sei die Frage aufgeworfen worden, warum die AfD nicht zur Podiumsdiskussion eingeladen worden sei. In jeder Klasse sei es hierzu zu einer Nachbesprechung gekommen, weil viele Klassen entgegen der Meinung der Schulleitung, die AfD müsse nicht eingeladen werden, davon ausgegangen seien, zur Demokratie gehöre dazu, auch die AfD zu einer Podiumsdiskussion einzuladen, damit sich jede Schülerin/jeder Schüler eine eigene Meinung darüber bilden könne, wie sich alle Parteien die EU vorstellten.

Nach dieser Fragerunde seien offene Fragen gestellt und beantwortet worden. Teilgenommen hätten bis auf die AfD alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien. Ihnen habe gut gefallen, die Standpunkte der jeweiligen Parteien zu erfahren, zumal einige dieses Jahr bereits wählen dürften. Es sei in jedem Fall persönlicher gewesen, als Nachrichten zu schauen, Zeitungen zu lesen oder Entsprechendes zu googeln.

Die Schülerinnen der Stadtteilschule am Hafen stellten dar, bei ihnen sei dies alles kürzer und knapper ausgefallen. Sie hätten ein paar Stunden für die Vorbereitung von Projekten – G20, Erasmusprojekt oder andere Themen, die sich auf Europa bezögen –, für die sie hätten anmelden müssen, gehabt. Nach der Podiumsdiskussion habe jede Gruppe noch Fragen an die anwesende Zweite Bürgermeisterin stellen dürfen. Leider habe es kein Nachgespräch zu der Veranstaltung gegeben.

In ihrer Gruppe hätten sie sich insgesamt fünf Stunden mit der Thematik G20 beschäftigt. Vier Politiker verschiedener Parteien hätten den G20-Gipfel vorgestellt – was und wer das seien und warum diese zusammenkämen –, gefolgt von einer umfangreichen Diskussion mit Lehrern, Schülern und den Politikern. Hieran beteiligt habe sich auch das Immanuel-Kant-Gymnasium.

An ihrer Schule gebe es im Übrigen schon das Erasmusprojekt und es werde mit Schulen in Polen, Italien und der Türkei für die jährlichen Austausch kooperiert.

Die Schülerin und der Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums, die beide am bilingualen Unterrichtsprogramm teilnahmen, teilten mit, sie hätten, wie bereits erwähnt, zusammen mit der Stadtteilschule am Hafen den Projekttag gestaltet. Es habe aber

weder eine Vorbereitung auf diesen speziellen EU-Projekttag noch eine Nachbereitung gegeben, weswegen der Lerneffekt nicht sehr groß gewesen sei.

Sie berichteten, einer habe bei der G20-Gruppe mitgearbeitet, die andere beim Erasmusprojekt. Es sei sehr interessant gewesen, selbst zu erfahren, wie sie sich als Europäer fühlten und wie dieses Gefühl gerade für jüngere Menschen verstärkt werden könne. Mit Erasmus könne jede und jeder ohne viel Geldaufwand reisen. Spannend hätten sie auch gefunden, mit der Stadtteilschule am Hafen zusammenzuarbeiten, weil sie dadurch eine Vielfalt von Menschen und verschiedene Ansichten kennengelernt hätten.

Der Vorsitzende bedankte sich im Namen des Ausschusses für die Vorstellungen.

Die SPD-Abgeordneten bedankten sich zudem dafür, dass die Schülerinnen und Schüler heute als Expertinnen und Experten aufträten und dies sehr professionell machten.

Es habe eine Vielzahl von Projekten gegeben und die Schulen hätten unterschiedliche Formate zum EU-Projekttag angeboten. Sie würden gern noch von ein paar persönlichen Eindrücken, die während dieses Projekttags gewonnen worden seien, hören.

Die Schülerinnen und Schüler berichteten von unterschiedlichen Erfahrungen. Sie hätten sich sehr auf diesen EU-Projekttag gefreut, auch weil die EU ein sehr interessantes Thema sei, leider seien aber innerhalb der G20-Gruppe eher an der Oberfläche kratzend Meinungen ausgetauscht worden und der inhaltliche Lerneffekt nicht so groß gewesen. Es sei weniger über die G20 und deren Inhalte als darüber, wie sinnvoll es sei, den G20-Gipfel in Hamburg tagen zu lassen, gesprochen worden. Zudem hätten nicht alle Parteien zu G20 gesprochen, es brauche aber alle Meinungen, um sich ein eigenes Bild machen zu können.

Hingegen sei es sehr interessant gewesen mit dem Immanuel-Kant-Gymnasium in guter Stimmung zusammenzuarbeiten; eine Erfahrung, die sie nicht missen wollten. Weniger gefallen habe ihnen die Diskussion am Ende mit der Zweiten Bürgermeisterin, weil sie ihrer Ansicht nach den Fragen der Schülerinnen und Schüler aus dem Weg gegangen und auch nicht lang genug geblieben sei.

Sie wünschten sich, dieses Thema – wie es auch an anderen Schulen geschehen sei – intensiver zu behandeln mit genügend Vorbereitungszeit, viel Input und einer Nachbereitung. Dies fänden sie sehr viel ansprechender als in ein paar Stunden alles kurz anzuschneiden, und nicht die Thematik in seiner Tiefe durchdringen zu können. Trotzdem hätten diese paar Stunden Beschäftigung mit dem Thema gereicht, um einmal darüber nachzudenken, ob sie sich als Europäer fühlten oder als Europäer und Deutsche gleichzeitig. Diese Frage hätten sie sich vorher nicht bewusst gestellt und ihre Erkenntnis sei, Teil Europas zu sein. Jeder sollte sich bewusst sein, was das für Vor- und Nachteile für jeden bedeute. Auch sollten sich alle mehr mit Politik und insbesondere Europapolitik auseinandersetzen.

Sie sprachen sich vor dem Hintergrund der guten Erfahrungen und der intensiven Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Corveystraße dafür aus, die EU-Projekttag in diesem Sinne an den Schulen weiterzuführen, und zwar zwei Tage lang, um möglichst viel zu lernen.

Die CDU-Abgeordneten erkundigten sich, ob die Schülerinnen und Schülern über die EU-Projekttag mehr Erkenntnisse insgesamt über Europa gewonnen oder alles schon vorher gewusst hätten. Sie interessierte zudem, ob noch mehr über Europa in den Schulen gelehrt werden müsste.

Die Schülerinnen und Schüler der HHS erklärten, es solle sich schon viel früher mit Europa beschäftigt werden, und zwar bereits ab der fünften Klasse und intensiver dann ab der siebten oder achten Klasse im Politikunterricht. Spätestens wenn man ein Auslandsjahr im außereuropäischen Ausland mache, werde man häufig als Europäerin/Europäer und nicht als Deutsche/Deutscher wahrgenommen. Deswegen fänden sie es wichtig, sich mit der Geschichte der EU als Zusammenschluss zu beschäftigen. Hierfür müsse die EU auch zusammenstehen, was den älteren Schülerinnen und Schülern im Schulunterricht vermittelt werden sollte, und deshalb sollte eine Allge-

meinbildung in Bezug auf europäische Politik und EU-Politik sowie Geschichte auch schon sehr früh vorgenommen werden.

Die Schülerinnen der Stadtteilschule am Hafen begrüßten es, dass es bei ihnen das Erasmusprojekt gebe, weil auf ihre Schule auch viele Schülerinnen und Schüler gingen, die in Deutschland geboren seien, deren Eltern aber einen Migrationshintergrund hätten. Kooperiert werde mit der Türkei, Polen und Italien und jedes Jahr führen Schulen aus drei Ländern in das vierte Land für ein paar Tage und nähmen dort am Unterricht teil. Es sei gut, dass in der Europaschule gelehrt werde, jeder solle wissen, woher sie oder er komme, wer man sei, wozu jede und jeder gehöre und zu guter Letzt sich selbst einzubringen.

Die Schülerin und der Schüler des Gymnasiums Corveystraße teilten mit, ihnen sei die Entstehung der EU im Geschichtsunterricht nahegebracht worden und damit sollte auch in der sechsten oder siebten Klasse bereits begonnen werden. Zudem begännen bei ihnen die entsprechenden Unterrichtsstunden immer damit, was in der Woche Aktuelles passiert sei. Dies sollte überall so sein.

Der Abgeordnete der GRÜNEN kam auf die Initiative „Pulse of Europe“ zu sprechen und wollte wissen, ob die Schülerinnen und Schüler selbst an dieser Initiative schon einmal teilgenommen hätten. Vor dem Hintergrund viel diskutierter Politikverdrossenheit bei jungen Menschen fragte er, was für Impulse sie an die Politikerinnen und Politiker, aber auch an die junge Generation geben würden, damit diese wählen gehe.

Die Schülerin und der Schüler der HHS antworteten, von „Pulse of Europe“ hätten sie leider noch nichts gehört.

Um junge Menschen dazu zu bewegen wählen zu gehen, müsse das Interesse an Politik neben dem Elternhaus von Schule und Lehrern nähergebracht werden. Außerdem müssten die jungen Menschen darüber aufgeklärt werden, dass sie mit der Teilnahme an der Wahl die Interessensvertreter wählen würden, von denen sie regiert werden wollten. Dieses Feld solle nicht anderen überlassen werden. Es sei aber auch wichtig, dass die Politiker nicht nur an ihr eigenes Wohl und das Wohl der Partei dächten, sondern auch an das Wohl der Wähler.

Der Schüler legte dar, dass er sich aufgrund seines Engagements bei der Freiwilligen Feuerwehr schon früh für Politik interessiert und bereits eine Partei für sich ausgewählt habe. Er hätte sich immer gewünscht, dass die Parteien soziale Organisationen wie die Freiwillige Feuerwehr mehr unterstützten, weil die dort Engagierten dann von Anfang an mitbekämen, dass sich die Politik für diese sozialen Organisationen interessiere und somit sich auch die Engagierten für Politik zu interessieren begännen. Es sei jedoch so, dass sie sich häufig von der Politik nicht nur in Bezug auf finanzielle Unterstützung im Stich gelassen fühlten.

Die Schülerinnen der Stadtteilschule am Hafen problematisierten, wenn zum Beispiel die Gelder für einen Jugendclub gestrichen würden und dieser daraufhin geschlossen werde, würden die Jugendlichen die Politik eher als Übel wahrnehmen. Weil Politiker vieles falsch machten und gleichzeitig alle Entscheidungen auf die Politik geschoben würden, hielten sie dann nicht viel von der Politik in Deutschland und Europa. Wenn Jugendliche aber lernten, dass gewisse Dinge nicht von heute auf morgen geändert werden könnten, bestimmte finanzielle Kürzungen vorgenommen würden, weil sonst eine andere, wichtigere Sache nicht finanziert werden könnte und einem das Prinzip, wie Politik funktioniere, beigebracht würde, würden Jugendliche eher ein eigenes Interesse entwickeln. Dann wäre es ihnen auch wichtig zu verstehen, wo sie selbst stünden und was in ihrem Interesse geschehe und entsprechend wählen gehen.

Die Schülerin und der Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums thematisierten, es fehle das Grundinteresse an der Politik in ihrer Jahrgangsstufe und dies sei auch dem teilweise sehr trocken gestalteten Wirtschafts- und Politikunterricht geschuldet, was zusätzlich mit schlechten Noten verbunden sei. Sie wüssten jetzt nicht, wie ein größeres Interesse entwickelt werden könnte, aber eventuell wecke ein anders gestalteter Politikunterricht erst einmal ein Grundinteresse bei den Jugendlichen und der Gedanke entstehe, wer in einem demokratischen Land lebe, sollte auch Teil dieser Demokratie sein. Problematisch sei, dass Politik innerhalb der Unterrichtsfachs PGW (Politik, Gesellschaft und Wirtschaft) unterrichtet werde und manchmal die Politik selbst zu

kurz käme. Sie unterstützten deshalb das Vorgehen des Gymnasiums Corveystraße, zu Beginn der Unterrichtsstunde aktuelle politische Begebenheiten zu diskutieren, weil dies alle näher an das Thema Politik heranhühre. Gut wäre auch, wenn jüngere Politiker an Podiumsdiskussionen teilnähmen und die Schüler Politik live miterlebten, weil dies Politik zu etwas Greifbarem mache, auch wenn einige von ihnen noch zu jung seien, um wählen zu dürfen und sich entsprechend an Entscheidungen nicht beteiligen könnten.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wollte wissen, ob die Schülerinnen und Schüler in die Vorbereitungen des EU-Projekttag mit eingebunden gewesen seien und eigene Fragestellungen hätten entwickeln können, ob hinsichtlich G20 auch die Frage der Legitimität von G20 versus Vereinte Nationen diskutiert worden sei, welche Politiker an der Podiumsdiskussion teilgenommen hätten und ob sie vom Dialog P wüssten, bei dem die Schulen selbst Politikerinnen und Politiker aus der Bürgerschaft einladen könnten, die dann in den Klassen Veranstaltungen vornähmen, was den Schülerinnen und Schülern direkte Informationen aus der Politik böte.

Die Schülerin und der Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums antworteten Folgendes: Es seien ihnen vier Projekte vorgeschrieben worden, von denen sie hätten aussuchen dürfen, an welchem sie teilnehmen wollten, aber nicht die Inhalte selbst. So sei bei dem Thema G20 die Frage nach der Legitimität nicht gestellt worden. Sie erachteten es allerdings als sinnvoll, die Angebote mitgestalten zu können, weil sie als Jugendliche bestimmte eigene Interessen hätten und eigene Inhalte mit einbinden können sollten, auch wenn die Grundstruktur vorgegeben sei. An der Podiumsdiskussion teilgenommen hätten Politiker der SPD, der CDU, der GRÜNEN und der FDP, AfD und LINKE seien nicht vertreten gewesen.

Die Schülerinnen der Stadtteilschule am Hafen sagten, bei ihnen habe sich ein Lehrer um die Organisation gekümmert. Auch wenn eine von ihnen den Geo-Kurs belegt und seit anderthalb Jahren keinen PWG-Unterricht mehr gehabt habe, werde sie doch im Geschichts- als auch im Geo-Unterricht über die allgemeine Politiklage gut informiert. Sie seien im Geo-Unterricht gefragt worden, welches Thema ihnen wichtig sei, woraufhin das G20-Thema genannt worden sei. Leider seien die anderen Kurse nicht so angesagt gewesen wie der G20-Kurs, wofür sich drei Klassen angemeldet hätten, mithin 60 Schülerinnen und Schüler, aber nur 15 hätten daran teilnehmen können. Sie merkten kritisch an, dass sich die vier Politiker zunächst nur untereinander unterhalten und sie sich selbst nicht hätten einbringen können. Außerdem hätten die Politiker ihres Empfindens nach über alles, außer über G20 gesprochen.

Der AfD-Abgeordnete merkte an, er selbst habe auf kurzfristige Einladung am 9. Mai 2017 an einer Podiumsdiskussion der Stadtteilschule Poppenbüttel teilgenommen, wofür die Schulleitung ursprünglich nur einen CDU-Vertreter eingeladen hätte, diese jedoch bemerkenswerter von der Rechtsabteilung der Schulbehörde den Hinweis erhalten habe, ob der Ausgewogenheit auch Vertreter anderer Parteien einzuladen. Aber dies scheine sich noch nicht bei allen Schulleitungen herumgesprochen zu haben. Er habe die Einladung im Übrigen gern angenommen.

Er fand es beachtenswert, dass die Schülerinnen und Schüler der HHS für eine Teilnahme von AfD-Vertretern votiert hätten, die Schulleitung hingegen dies nicht für nötig erachtet habe. Es sei sinnvoller mit AfD-Abgeordneten zu reden als über sie.

Die SPD-Abgeordneten äußerten, Europa sei einerseits zum Teil sehr abstrakt, ein großer Kontinent und Brüssel weit weg, andererseits aber auch sehr konkret beispielsweise durch den erwähnten gemeinsamen Binnenmarkt. Sie stellten sich die Frage, wie Europa als Gefühl und Experiment stärker in die Lebenswirklichkeit von jungen Menschen verankert werden könne. Der EU-Projekttag sei sicherlich ein guter erster Schritt, auch Schüleraustausche und das Erasmusprogramm gehörten dazu, aber vielleicht hätten die Schülerinnen und Schüler dazu noch andere Vorstellungen.

Die Schülerin des Immanuel-Kant-Gymnasiums berichtete, sie hätten das Erasmusprojekt als Gruppenaufgabe gehabt und sich ausführlich damit befasst, wie durch Reisen andere Menschen und Länder Europas persönlich kennengelernt würden und sich dadurch mehr Verständnis für Europa an sich entwickle. Darüber hinaus hätten sie sich gefragt, was es dafür an Persönlichkeit brauche und was sie sich für die Zukunft

Europas wünschten, ob Europa zukünftig eins werden könnte. Der Schüler der HHS führte aus, bei ihnen habe es noch einen gesonderten Tag zu diesem Thema gegeben, wofür sie Informationen aus erster Hand bekommen hätten. Besonders auffallend sei gewesen, dass der Politiker das Projekt sehr schlicht und trocken vorgestellt habe, hingegen der ehemalige Schüler, der selbst am Programm teilgenommen habe, davon geschwärmt und sehr positiv von den vielen Möglichkeiten, die den jungen Menschen dadurch geboten würden, berichtet habe. Fragen dazu, wie die EU dies Programm weiterentwickeln könnte, hätten sie im Klassenverband diskutiert, weil diese Fragen während der Diskussion leider nicht hätten geklärt werden können, da es dort eher um die Präsentation gegangen sei.

Die SPD-Abgeordneten freuten sich über die Aussage einer Schülerin, sich als Europäerin zu fühlen. Vor diesem Hintergrund interessierte sie, was die Schülerinnen und Schülern, stellten sie die EU-Kommission, machen würden, damit sich Europa begegne, lebenswerter werde und zusammenkomme. Sie könnten sich das Interrail-Ticket, ein Jugendparlament und Ähnliches vorstellen.

Die Schülerinnen der Stadtteilschule am Hafen sprachen sich dafür aus, Verständnis für die kulturellen Verschiedenheiten aufzubringen. Jeder Mensch habe Vorurteile und deswegen sollten die Verschiedenheit der Menschen, Kulturen und Sprachen als ein Ganzes gesehen werden, denn sie seien Europa, lebten mit verschiedenen Kulturen zusammen und gingen tagtäglich mit Schülerinnen und Schülern aus den unterschiedlichsten Ländern zur Schule. Es sei wichtig zu wissen, wer diese Menschen seien und ohne Vorurteile über die Menschen nachzudenken, vor allem nicht von den Ländern auf die Menschen zu schließen. Zudem sei wichtig, den Kindern von klein auf beizubringen, dass Rassismus keine Lösung sei und ihnen aufzeigen, dass es sehr viele verschiedene Kulturen gebe. Dadurch würde das Zusammenleben auch besser beherrscht. In Deutschland lebten sehr viele unterschiedliche Kulturen zusammen, deshalb sei es sehr wichtig, miteinander auszukommen. Außerdem würde ein anderer, vielseitiger Religionsunterricht zu mehr Verständnis beitragen. Eine der Schülerinnen dachte weniger als Deutsche oder Europäerin, sondern eher als Weltmensch. Die Grenzen sollten nicht um Deutschland oder Europa gezogen werden, sondern es sollte nur ein Land auf der Welt geben, auch wenn dies utopisch klinge.

Die Schülerin des Immanuel-Kant-Gymnasiums berichtete, immer sehr guten Geographieunterricht gehabt zu haben und dadurch, dass sie auf eine Europaschule gehe und auch bilingual unterrichtet werde, habe sie sich viel mit anderen Ländern befasst und entsprechende Referate verfassen müssen. Dadurch habe sie sich mit vielen anderen Ländern auseinandergesetzt und deren Kulturen kennengelernt. Auf jeden Fall solle der Schüleraustausch mit weiteren europäischen Ländern verstärkt werden. Dem Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums war es anders ergangen. Bei ihm sei der diesbezügliche Unterricht nicht sehr gut gewesen, was für eine Europaschule keine Auszeichnung sei. Er befürwortete, dass der EU-Projekttag auf zwei, drei Tage ausgedehnt werden solle, um dieses Thema intensiver und erinnerungswerter aufzubereiten und zu bearbeiten.

Die Schülerin der HHS meinte, es sei ein Weg in die richtige Richtung, dass die Abgeordneten in die Schulen gingen, um mit den Schülerinnen und Schülern zu sprechen, denn das Interesse könne am ehesten geweckt werden, wenn Politik greif- und ansprechbar sei. Wahrscheinlich könnten die Politiker auch am Schulunterricht etwas ändern, indem sie für solche Veranstaltungen mit Politikern aller Parteien in den Schulen auch unterjährig plädierten, denn heute könnten Jugendliche schon mit 16 Jahren, ab der zehnten/elften Klasse, wählen gehen.

Der Vorsitzende machte noch einmal auf den schon erwähnten Dialog P, bei dem Vertreterinnen und Vertreter der in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen in den nächsten Wochen und Monaten in Schulen aufträten, aufmerksam.

Die SPD-Abgeordneten zeigten sich erneut beeindruckt, wie und was die Schülerinnen und Schüler über ihre Erfahrungen mit Europa und Das-sich-bewusst-werden, Europäerin/Europäer-zu-Sein berichteten. Sie fragten deshalb nach, was sie mit dem Europäisch-Sein verbänden und ob dies etwas positiv Besetztes für sie sei.

Die Schülerin der HHS fand es schön, Europäerin zu sein, da ihr so viele Möglichkeiten offen ständen, zudem ermögliche ihr dieser Status viele Reisemöglichkeiten. Sie empfinde es als schade, dass der Zusammenhalt in der EU nicht so stark sei, wie es den Anschein gehabt hätte. Ein Beispiel sei hierfür der Brexit. Sie habe immer in England studieren wollen und dieser Weg werde ihr nun verbaut. Für sie, für den „kleinen Mann“ sei dies nicht gut gelaufen und sie wisse nicht, wie es um die Zukunft der EU bestellt sei und weitergehe.

Eine Schülerin der Stadtteilschule am Hafen sah dies pragmatisch. Ohne Pass könne problemlos durch Europa und mit EU-Reisepass zum Beispiel auch in Asien gereist werden, weil es keine Visaprobleme gebe. Auch sie bedauere den Brexit.

Die CDU-Abgeordneten sprachen die Europäische Menschenrechtskonvention von 1949 an. Hier hätten sich Frauen und Männer bereits kurz nach Kriegsende zusammengefunden und Menschenrechte für ein gesamtes Haus Europa, das sich noch in Aufstellung befunden habe, formuliert wie jeder Mensch genieße Freiheit, Schutz vor staatlicher Gewalt und es gelte die Unschuldsvermutung. Mithin seien dem Staat Fesseln angelegt und das Individuum, der Mensch mit seinem Freiheitsanspruch in den Vordergrund gerückt worden unter dem Eindruck dessen, was die Menschen bis 1945 in Europa erlebt hätten. Wenn die Schülerinnen und Schüler dies nach außen lebten und sich mit ihrer Rolle als Europäerin, als Europäer innerhalb der EU als Individuum, als Mensch auseinandergesetzt hätten, seien sie schon viel weiter als die Menschen, die Brüssel als weit weg empfänden. Es sei ihr Land, ihr Europa und ihre Generation, die aufgerufen sei, in den nächsten Jahren Europa zu gestalten. Politiker könnten insofern helfen, indem sie die Schulbehörde auf die Wünsche der Jugendlichen in Bezug auf Europa ansprächen und im Schulausschuss anregen, Politikerinnen und Politiker nicht nur zur Europawoche in die Schulen zu schicken.

Sie merkten abschließend an, dass sie sich gern wieder mit den Schülerinnen und Schülern vom letzten Jahr diskutiert hätten, ihnen jedoch eine andere Schule zugewiesen worden sei, was sehr bedauerlich sei.

Der Vorsitzende bat sodann die Schülerinnen und Schüler darum, zum Abschluss ein Anliegen zu formulieren, das sie den Politikerinnen und Politikern mit auf den Weg geben wollten, vielleicht auch eine Anregung für den EU-Projekttag im nächsten Jahr oder ganz allgemein ein Statement.

Die Schülerin und der Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums bedankten sich zunächst, dass sie heute hier selbst zu Wort hätten kommen dürfen, weil dies viel zu selten vorkomme. Bezüglich der Aussage, dass sie die Generation seien, die etwas verändern könne, wünschten sie sich in ihrem Engagement mehr Unterstützung von den Schulen, auch dass andere Schülerinnen und Schüler diese Möglichkeit, als Sachverständige von Politikerinnen und Politiker befragt zu werden, bekämen. Darüber hinaus müssten Politiker auch ihre Versprechen, vor Schülern reden zu wollen, einhalten, denn nur so werde Interesse geweckt und den Politikern Vertrauen entgegengebracht. Es schade der Politik und dem Interesse an Politik, wenn wie bei ihnen geschehen, solche Versprechen nicht eingehalten würden.

Die Schülerin und der Schüler vom Gymnasium Corveystraße sahen es ebenso wie die CDU-Abgeordneten, dass sie die Zukunft Europas und dafür verantwortlich seien, wie diese Zukunft aussähe. Ihnen hätten die vier Szenarien aufgezeigt, wohin sich die EU entwickeln könnte und es in ihren Händen liege, was sie mit und aus ihrer Zukunft machten.

Die Schülerin und der Schüler der HHS sagten, sie freuten sich, heute dabei gewesen zu sein und morgen in der Schule Positives darüber berichten zu können. Es sei sehr interessant gewesen, den Ablauf des heutigen Abends mitzubekommen und seine Meinung kundtun zu können. Sie glaubten, sie seien nicht die einzigen gewesen, die heute hätten hier sein wollen. Vonseiten der Schulen könnte organisatorisch noch einiges verbessert werden, damit Schüler und Politiker zusammenfänden, und das unbedingt mehr als einmal an einem Tag im Jahr. Sicherlich würde dies auch das Interesse der Schüler an Politik wecken. Sie bedankten sich ausdrücklich für die Einladung.

Die Schülerinnen der Stadtteilschule am Hafen bedankten sich für die Zeit, die die Politikerinnen und Politiker mit ihnen zusammen verbracht hätten und für die Fragen, die sie hätten stellen dürfen, und die Antworten, die sie bekommen hätten. Sie seien überzeugt, dass eine Veranstaltung wie die heutige, tatsächlich Interesse bei Jugendlichen wecken würde, wenn sie nicht schon von sich aus interessiert seien. Sie fragten abschließend, ob auch die Politiker und Politikerinnen etwas Positives von diesem Abend mitnehmen.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler und wollte deren Dank insbesondere an den SPD-Abgeordneten Schumacher weitergeben, der sich dafür ausgesprochen habe, die Schülerinnen und Schüler hierher einzuladen; eine Idee, die die anderen Fraktionen gern unterstützt hätten.

Nach der nun folgenden Senatsbefragung könnten alle Abgeordneten, so sie denn wollten, auf die abschließend von den Schülerinnen der Europaschule Stadtteilschule am Hafen gestellte Frage antworten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wollten zunächst klarstellen, dass die Schülerinnen und Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums und der Stadtteilschule am Hafen vom europapolitischen Schulevent berichtet hätten, und nicht vom EU-Projekttag. Dies seien zwei verschiedene Formate. Der Schulevent sei eine Woche vor dem EU-Projekttag als eigenes Projekt der Europaschulen in Hamburg gelaufen.

In den Europaschulen gebe es ein ausgeprägtes europäisches Profil, das die Europaschulen als Daueraufgabe, im Schulalltag zu europäischen Themen auf allen Ebenen – nicht nur im Politik- und Gesellschaftsunterricht, sondern auch Mehrsprachigkeit – zu arbeiten, verankert hätten. Viele Schulen führten zudem Erasmus+-Projekte durch. Dies könne auf dauerhafte Füße gestellt werden durch intensives Zusammenarbeiten mit anderen Schulen in Europa und das Kennenlernen von anderen Kulturen, Arbeitsmärkten und Ähnlichem.

Sie bedankten sich sodann bei allen sich beteiligenden Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften und Schulleitungen, die diesen einmal im Jahr in zeitlicher Nähe zur Europawoche stattfindenden Kampagnentag erst ermöglichten.

Zum Ablauf des EU-Projekttags führten sie aus, die Schulbehörde schicke die Einladung sich zu beteiligen an die Schulen und die Senatskanzlei schicke diese an alle Experten in der Stadt mit der Bitte sich zu beteiligen, denn die Schulbehörde sei jedes Jahr darauf angewiesen, dass sich viele freiwillig meldeten, um dies auch durchführen zu können. Es sei eine sehr arbeitsintensive Aufgabe, daraus passende Matches zu kreieren. Sie versuchten immer alle Wünsche zu berücksichtigen, was nicht immer leicht und möglich sei, manchmal erführen sie auch gar nicht von besonderen Wünschen. Da sei es hilfreich, selbst zum Hörer zu greifen und Wünsche direkt zu äußern. Die Terminlage im Mai sei für die Schulen außerordentlich schwierig, weil dies der Monat mit den meisten Prüfungen – Lernstandserhebungen, Abiturprüfungen, Kammerprüfungen in den beruflichen Schulen – sei.

In diesem Jahr hätten sich 27 Schulen angemeldet, davon 15 Gymnasien, acht Stadtteilschulen, drei berufliche Schulen und eine Grundschule. Vier Veranstaltungen hätten nicht stattfinden können wegen anderer Termine, Krankheit und Ähnlichem. Dies könne immer passieren und die Frustration sei dann auf beiden Seiten groß.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter zeigten sich erfreut über die Aussage, es gebe eine europäische Identifikation, die sowohl inner- als auch außereuropäische Nationen umfasse. So sei eine Schülerin mit nicht europäisch klingenden Nachnamen gefragt worden, ob sie sich bei Reisen in das Land ihrer Eltern als Deutsche oder Europäerin empfinde und habe geantwortet, einerseits als Deutsche, andererseits aber, da Deutschland zu Europa, zur EU gehöre, als Europäerin. Dies wollten sie in Zusammenhang mit der Aussage, dass alle Menschen Vorurteile hätten und es gut sei, darum zu wissen, um sie abzubauen zu können, setzen. Es gehöre zum Vorurteil dazu, allein aufgrund des Namens Schlüsse zu ziehen. Jeder solle sich hinterfragen und sehr vorsichtig damit umgehen, um keine vorurteilsbehafteten Schlüsse zu ziehen.

Die SPD-Abgeordneten betonten, dass es für einen Ausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft etwas Besonderes sei, Schülerinnen und Schüler als Sachverständige

einzuladen, um etwas von ihnen zu lernen und gelernt habe der Ausschuss heute in ganz besonderem Maße. Als Europaausschussmitgliedern liege ihnen der EU-Projekttag sehr am Herzen und dass es so viele Aktivitäten in den unterschiedlichen Schulen gebe, erfreue sie sehr, ebenso das Engagement der Schulbehörde.

Sie wollten darauf hinweisen, dass die meisten von ihnen als Teilzeitparlamentarier noch einem Beruf nachgingen und es nicht immer einfach sei, alle Termine, wenn auch geplant, wahrnehmen zu können. Sie wollten den Schülerinnen und Schülern aber versichern, wenn sie in ihren Schulklassen und -kursen ein näherliegendes oder weitergehendes Interesse hätten und mit Politikern oder Politikerinnen ins Gespräch kommen wollten, würden sich alle heute Anwesenden und auch die meisten anderen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft darauf freuen, den Kontakt aufzunehmen und ins Gespräch zu kommen. Auch werde das, was heute über die Zukunft Europas zusammengetragen worden sei, in einem Bericht festgehalten und in der einen oder anderen Weise Einfluss nehmen. Es sei gut, dieses Zeitdokument zu haben, denn wer wisse heute schon, wie in 20, 30 oder 100 Jahren über Europa gedacht werde.

Die CDU-Abgeordneten stimmten den Ausführungen der SPD-Abgeordneten zu, wollten aber noch von der Schulbehörde wissen, ob es Bestrebungen gebe, Europathemen nicht nur auf die Europawoche im Mai zu begrenzen, sondern häufiger, über das Jahr verteilt zu thematisieren.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiederholten zunächst, dass der EU-Projekttag an Schulen im Rahmen der Europawoche eine Kampagne sei. Unabhängig davon finde über das Schuljahr verteilt Unterricht zu diesem Themenbereich statt, insbesondere im PGW-Unterricht. Sie hätten jedoch von den Aussagen der Schülerinnen und Schüler mitgenommen, die Curricula zu überdenken sowie innerhalb der Schulen in Kooperation mit den Zuständigen in der Schulbehörde und gegebenenfalls der Senatskanzlei zu sehen, wie es ermöglicht werden könne, weiter gefächert europäische Identitäten zu schaffen und dies auch verstärkt in der Schule zu verankern. Dies sei ein Wunsch der Schülerinnen und Schüler und es müsse auch das Bestreben der Schulen sein, damit weiterhin in einer Demokratie mit entsprechenden Werten gelebt werden könne. Sie würden dies als Anregung mitnehmen für die Kollegen, die für den gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht zuständig seien.

Sie verwiesen in diesem Zusammenhang darauf, ein gutes Mittel sei das Programm Erasmus+, weil dort zwei bis drei Jahre intensiv europäische Themen bearbeitet würden. Etliche Hamburger Schulen nähmen daran teil und indem mit Schulen in anderen europäischen Ländern zusammengearbeitet werde, erführen sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrerinnen und Lehrer und Schulleitungen Europa mit all seinen Unterschieden. Dies sei ein wichtiges Mittel die europäische Identität und die Zukunft Europas zu stärken.

Politikerinnen und Politiker und die Schulbehörde arbeiteten im Übrigen in entsprechenden Gremien auf EU-Ebene und auch vor Ort daran, dass es weiterhin solche Programme im Bildungsbereich gebe.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE meinte, die SPD-Abgeordneten hätten das Wesentliche bereits sehr schön zusammengefasst und er wiederholte noch einmal, die Schülerinnen und Schüler könnten jederzeit mit ihren Gesprächswünschen und Ähnlichem auf die Abgeordneten zukommen.

Abschließend wollte er wissen, wie das Konzept für den EU-Projekttag angelegt sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, in Hamburg gebe es die selbstverwaltete Schule und sie machten diesbezüglich keine Vorgaben. Allerdings fügten sie der Einladung, sich zu beteiligen, eine Liste mit möglichen, auch aktuellen Themen bei wie in diesem Jahr den Brexit, an. Dies sei aber als Anregung zu verstehen und die weitere Planung liege auf Schulebene. Sie seien jedoch gern beim Matching behilflich.

Der FDP-Abgeordnete äußerte, er nehme als Politiker vom heutigen Abend mit, um Europa angesichts der hier anwesenden jungen Menschen, die die Weltoffenheit der Stadt Hamburg ganz selbstverständlich mitbrächten und diese auch ausdrückten, nicht besorgt zu sein. Dies zeige letztendlich, dass eine Internationalisierung in Euro-

pa längst stattgefunden habe, was ein sehr positives Ergebnis sei. Zum anderen freue ihn, dass heute Abend sehr klar und offen gesprochen worden sei – ein klares Statement zur Freiwilligen Feuerwehr, zur Performance einiger Politiker auf dem Podium und zur Organisation, wie der EU-Projekttag an den Schulen gelaufen sei. All diese Informationen gäben unverstellte Blicke auf unterschiedliche Sachverhalte und seien für die Abgeordneten sehr hilfreich. Hierfür wollte er sich abschließend bedanken.

Der Vorsitzende bedankte sich im Namen des Ausschusses noch einmal ganz herzlich und lud abschließend die Schülerinnen und Schüler ein, die Abgeordneten in der Bürgerschaft zu besuchen, was alle zwei Wochen zu den Plenarsitzungen möglich sei.

III. Ausschussempfehlung

Der Europaausschuss bittet die Bürgerschaft um Kenntnisnahme seiner Beratungen.

Sören Schumacher, Berichterstattung